

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. Ad. Hölsch, Hoflieferant.
Gr. Gerber u. Breitestr.-Cie,
Olo Nickl, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
i. B. T. Hirschfeld
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Umnionen-Expeditionen
und. Rosse, Hasenstein & Vogler A. A.
G. J. Daube & Co., Invalidenhaus.

Berantwortlich für den
Buerenthalteil:
J. Klugkist
in Posen.

Posen-Zeitung

Reunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 435

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich **drei Mal**,
an Sonn- und Feiertagen **eins Mal**. Das Abonnement beträgt **übertreffend jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland**. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 25. Juni.

1892

Politische Uebersicht.

Posen, 25. Juni.

Während mit dem Schluß des preußischen Landtags auf politischem Gebiet die übliche sommerliche Stille eingetreten, stehen auf handelspolitischem Gebiet noch wichtige Entscheidungen aus. In erster Linie sind es die Vertragsverhandlungen mit Spanien, welche unmittelbar zu einem Abschluß drängen. Für kaum eine Woche, bis zum 30. d. M., haben die vorläufigen Abkommen noch Geltung, welche eine Reihe europäischer Staaten mit Spanien, darunter auch das Deutsche Reich, behufs Fortdauer der Meistbegünstigung getroffen haben. Es ist anscheinend gar keine Aussicht vorhanden, daß die wichtigsten dieser Staaten noch vor diesem Termin zu einer endgültigen Vereinbarung mit Spanien gelangen; ein neues vorläufiges Abkommen wird ausshelfen müssen, wenn nicht auf beiden Seiten sofort ein Zollkrieg mit Differentialzöllen ausbrechen soll. Für Deutschland kommen ferner zunächst Russland, Rumänien und Portugal in Betracht. Gegen die Erzeugnisse dieser Länder bringt das Deutsche Reich seit dem 1. Februar d. J. bereits Differentialzölle in Anwendung, denn während Spanien, abgesehen vom Weinzoll, auf Grund des vorläufigen Abkommens bisher noch ein Recht auf die vertragsmäßig herabgesetzten deutschen Zölle hat, unterliegen die russischen, rumänischen und portugiesischen Erzeugnisse mangels jedes Vertrages seit fast fünf Monaten den höheren Säzen des allgemeinen deutschen Tariffs. Diese drei Staaten selbst behandeln die deutschen Erzeugnisse nicht schlechter als die Erzeugnisse anderer Länder. Es könnte darnach fast scheinen, als ob die deutsche Handelspolitik gegenüber diesen Staaten sich einer gewissen Unbilligkeit schuldig mache. Aber abgesehen davon, daß gerade diese drei Staaten im Laufe dieses und des vergangenen Jahres zu vielen und bedeutenden Erhöhungen ihrer Tarife geschritten sind, kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß das Deutsche Reich bereit ist, mit allen noch beteiligten Staaten zu einem friedlichen Austrag des auf diese Weise entstandenen Zollstreits mittelst neuer Verträge zu kommen. Die deutsche Handelspolitik müßte die Grundsätze, welche zu den am 1. Februar d. J. in Kraft getretenen Verträgen geführt haben, geradezu verleugnen, wenn sie nicht in den bereits begonnenen oder noch bevorstehenden Verhandlungen diesen versöhnlichen Standpunkt einzunehmen wollte. Auf der anderen Seite liegt es in der Natur des Vertragssystems, daß möglichst auf beiden Seiten ein entsprechendes Entgegenkommen bestätigt wird. Wünschenswerth ist es jedenfalls, daß alle schwedenden Verhandlungen nunmehr in einem beschleunigten Tempo zu Ende geführt werden, oder durch die eigene Zollgesetzgebung Abhilfe geschaffen wird, nicht allein, weil die bestehende Unsicherheit auf alle Verkehrsbeziehungen einen schädlichen Einfluß ausübt, sondern namentlich auch, weil die Aufhebung der russischen Ausfuhrverbote, von denen jetzt nur noch das Verbot betrifft Roggen, Roggenmehl und Kleie in Kraft ist, die nachtheiligen Wirkungen des anfänglich zwar gesetzlich festgestellten, aber nunmehr erst recht praktisch gewordenen Ausnahmestandes für beide Theile in kurzer Zeit recht fühlbar machen wird.

Inmireit das jetzt in Kurs gesetzte Gerücht zutreffend ist, daß dem Bundesrat ein Gesetzentwurf vorliege, der eine Be-

schränkung der Freizügigkeit enthalte, ist noch nicht zu erkennen. Vielleicht handelt es sich dabei um den Entwurf der Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz, dessen Inhalt seiner Zeit Minister v. Boetticher im Landwirtschaftsrath mitgetheilt hat. Möglicherweise bezieht sich die Angabe auch auf den Entwurf des Auswanderungsgesetzes, der die Bestimmung enthält soll, daß Auswanderungslustige ihre Absicht der Polizeibehörde anzukündigen haben, damit festgestellt werden kann, ob sie nicht durch kontraktliche oder sonstige Verpflichtungen gebunden sind. Wie erinnerlich, hat sich der Reichskanzler bisher im Reichstage den von agrarischer Seite geäußerten Wünschen wegen gesetzlicher Beschränkung der Freizügigkeit gegenüber ablehnend verhalten.

Die Berliner Studentenschaft hält gegenwärtig eifrig Versammlungen ab, in denen das studentische Leben in seinem Zusammenhang mit den nationalen und politischen Fragen erörtert wird. Viel Klarheit zeigt sich dabei nicht. Es handelt sich in einer Versammlung hauptsächlich um die Frage, ob in einem Wahlauf zu der Devise „national“ zu gebrauchen sei. Ein Student Mühlpfort war deshalb dagegen, weil sich an diesen Namen chauvinistische und antisemitische Bestrebungen anknüpften. Das kann doch nun unmöglich ein Grund sein, auf den richtigen Gebrauch des Wortes zu verzichten. Das heile, die Werthung der Begriffe den Gegnern überlassen und sich selbst des Einflusses auf das geistige Leben berauben. Die Antisemiten stellten nun diesen Herrn Mühlpfort wegen seiner Rede als einen Sozialdemokraten hin, was ihn davon überzeugen müßte, was man mit solcher Laviranten Art erreicht. Das wenigstens die Wissenschaft international ist, das ist allen wirksam Studirenden klar. Wahrscheinlich werden die jetzigen Studentenversammlungen aber von denjenigen jungen Herren besucht, die wie Iulus a non lucendo den Namen studiosi a non studendo führen.

Die römischen Blätter bringen einen bemerkenswerthen Beitrag zur Erklärung der Niederlage, welche die Klerikalen bei den am letzten Sonntag in Rom vollzogenen Ergänzungswahlen für den Gemeinderath erlitten haben. Diese Niederlage wurde mitbedingt durch einen Zwiespalt in den Reihen der Klerikalen, der auf eine ganz regelrechte Gegnerschaft eines erledlichen Bruchtheils der Partei gegen die vom Vatikan mit einem mehr als erwünschten Nachdruck anempfohlene Kandidatenliste hinauslief. Neben den starren Unversöhnlichen zählt die konservativ-klerikale Partei in Rom eine beträchtliche Anzahl gemäßigter Mitglieder, die zwar mit der kirchenpolitischen Richtung der verschiedenen aufeinander folgenden königlichen Ministerien keineswegs einverstanden sind, aber ebenso wenig schlankweg und unbesehnen ihre politische Richtschnur sich von dem Wahlkomitee der starren Unversöhnlichen vorschreiben lassen wollen, wenn auch diese sich auf die Billigung ihrer Kandidatenliste seitens des Heiligen Vaters berufen können. Die Gemäßigten verlangen eine Kompromißliste, worauf die Unversöhnlichen mit Berufung auf die Billigung ihrer Liste an höchster Stelle nicht eingingen. Die Folge davon war die Wohlenthaltung sehr vieler katholisch-konservativer Wähler und der Sieg der Liberalen.

In welcher Weise die Sozialdemokratie da, wo sie

im Besitz der Macht ist, sich anschickt ihre Ziele zu verwirklichen, zeigt das Verhalten einiger sozialistischen Gemeinderäthe in verschiedenen Städten Frankreichs. Die jüngsten Gemeinderathswahlen haben an manchen Orten den Sozialisten die Mehrheit in den Gemeinderäthen verschafft und diese Mehrheit hat nun nichts eiligeres zu thun gehabt, als die Ausgaben für die Polizeiverwaltung zu streichen und damit die Ruhe und Sicherheit, das Eigentum und den Schutz des Lebens der Einwohner ihres Gemeindewesens dem guten Willen und der Gnade der zu Verbrechen geneigten Personen zu überliefern. Die Regierung kann natürlich ein derartiges Verhalten nicht gutheißen, sie muß für den Schutz ihrer Unterthanen sorgen, und, wie die der französischen Regierung nahestehenden Blätter versichern, will man auf staatliche Kosten eine Polizeiverwaltung einrichten. Das französische Gemeindegesetz hat eine Lücke in dieser Beziehung, indem es der Regierung nicht gestattet, auf Kosten der Gemeinde einen Beamten einzuziehen, der für die Aufrechterhaltung des Rechtschutzes zu sorgen hat. Ob man aus diesen Vorgängen Anlaß nimmt, das Gemeindegesetz in dieser Richtung zu ergänzen, muß abgewartet werden, jedenfalls läßt sich daraus ersehen, daß die Sozialdemokratie für die Bedürfnisse des staatlichen und des Gemeindewesens jedes Verständnisses entbehrt. In ihrem Hasse gegen alles, was mit der Polizei irgendwie zusammenhängt, scheut sie sich nicht, die Mittel zur Bestreitung solcher Ausgaben zu verweigern, die unbedingt erforderlich und nothwendig sind. Chor können noch alle andern Ausgaben innerhalb eines Gemeindewesens entbehrt werden als die für Polizeizwecke bestimmten, und man darf davon überzeugt sein, daß selbst die dem Sozialismus ganz besonders zugethanen Wähler sich alsbald von demselben abwenden würden, wenn sie einige Wochen die Segnungen und Wohlthaten des polizeilosen Verwaltungssystems am einen Leibe zu erfahren Gelegenheit gehabt haben.

Deutschland.

Berlin, 24. Juni. Wir sind in der Lage gewesen, die Ansicht einer hervorragenden Persönlichkeit über die Ovationen für den Fürsten Bismarck in Dresden und Wien zu erkunden, und wir können aus den uns gemachten Mittheilungen das Folgende wiedergeben: Die Huldigungen für den Fürsten Bismarck haben in leitenden Kreisen durchaus nicht verstimmt. (?) Sie sind zunächst als der Ausdruck einer erfreulichen nationaldeutschen Gesinnung betrachtet worden, und es ist mit Genugthuung festgestellt worden, daß die dem Fürsten Bismarck dargebrachten Ehrenbezeugungen eine Huldigung für den deutschen Gedanken bedeuten. Dies gilt besonders von den Dresdener Vorgängen. Was die Ereignisse in Wien anlangt, so wird sorgfältig unterschieden zwischen den Sympathiekundgebungen der staatstreuen österreichisch denkenden Bevölkerung und dem wütsten antisemitischen Treiben. Für das letztere wird der Fürst billiger Weise nicht verantwortlich gemacht, aber er wird tief bedauert, weil sein Name zum Aushängechild von Bestrebungen gemäßbraucht wurde, die am letzten Ende auf die Losreisung ganzer Provinzen vom österreichischen Staatswesen ausgehen. Die Zusammenstellung der Hochrufe auf Schönerer und auf Bismarck

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.) Berlin, 24. Juni. Berlin hat wieder fürstlichen Besuch gehabt. Die ritterliche Erscheinung König Umbertos, die anmutige Schönheit der Königin Italiens haben schon vor einigen Jahren, als das Herrscherpaar zum ersten Male hier als Gast erschien, in unserer Bevölkerung große Sympathien erregt. Hierzu kommt die Bundesgenossenschaft Italiens mit Deutschland und dann vor Allem die treue, innige Freundschaft, die den Sohn Victor Emanuels mit unserem Fritz, dem unglücklichen Kaiser Friedrich verband. So kam es, daß auch diesmal wieder, als das Königspaar zu einem kurzen Aufstecher von Potsdam hier eintraf, der Empfang seitens der Berliner ein wirklich herzlicher war. In aller Eile, aber mit vornehmem Geschmack waren die Straßen, welche die Gäste durchfuhren, mit einem Aufwande von 10 000 Mark sehr einladend geschmückt worden und zahlreiches Publikum hatte sich vor den Bahnhöfen und auf den zu passierenden Straßen eingefunden. Die Einzelheiten der Festtage haben Sie Ihren Lesern ja bereits berichtet — wir haben nur noch die sehr auffallende Thatache nachzutragen, daß nämlich diesmal die Arrangements der Polizei so getroffen waren, daß sie das Publikum nicht belästigten. Infolgedessen ist der Einzug ohne störende

Zwischenfälle, ohne Verhaftungen erfolgt. Man hatte dem Publikum Freiheit der Bewegung gelassen — das ist etwas so Seltenes, daß man allgemein hier glaubte, so etwas könne nur kurz vor dem Ende der Herrschaft des Polizeipräidenten v. Richthofen geschehen. Daher zweifelte man denn nicht, daß Herr v. Richthofen nun sein Amt niederlegen würde, und man glaubte zu dieser Annahme um so mehr Anlaß zu haben, als die Handhabung des Polizeidienstes in der Friedrichstraße dem von uns neulich geschilderten schamlosen Treiben gegenüber die Missbilligung des Ministers des Innern erfahren haben soll. Außerdem ward auch von einem im Osten der Stadt vorgekommenen Exzess angenommen, daß er geeignet wäre, die Stellung unseres Polizeipräidenten zu erschüttern. Dort hatte eine Bande von sechzig Leuten einige Stunden lang einen Holzplatz demolirt und den Besitzer des Platzes mißhandelt, ohne daß die Polizei rechtzeitig einschritt. Inzwischen aber hat nun gestern die „Köln. Btg.“ gemeldet, die Stellung unseres Polizeipräidenten sei keineswegs erschüttert, Herr v. Richthofen bliebe uns erhalten. Die Stadt Berlin, die nach dem neuen Polizeikostengesetz gezwungen ist, jährlich 2 1/3 Millionen Mark mehr als früher für die königl. Polizeiverwaltung zu zahlen, hat nun doch aber ein gewisses Interesse daran, daß in den Straßen der Stadt Ordnung und Anstand herrsche. Und deshalb hat gestern die Stadtverordnetenversammlung

sich endlich zu einer großen That aufgerafft und beschlossen daß der Magistrat bei den allerhöchsten Instanzen Schritte thue zur Verhinderung der Belästigung des Publikums, wie sie durch das Verbreiten schamverlebender Schriften auf den Straßen, besonders in der Friedrichstraße ausgeübt wird. Der Magistrat hat sofort diesem Antrage zugestimmt. Die städtischen Behörden der Haupt- und Residenzstadt Berlin beschweren sich also über die Handhabung des Polizeidienstes; die „Köln. Btg.“ aber kann melden — und wir fürchten mit Recht — die Stellung des Polizeipräidenten sei nicht erschüttert. . .

In den nächsten Tagen wird der Prozeß Heinze wieder aufgenommen. Aufs Neue wird in allen Einzelheiten gezeigt werden, ein wie verzweigtes Verbrecherthum in Berlin sein Wesen treibt, und wie dieses sich anlehnt und immer neue Nahrung findet an den Dirnen und ihren Beschützern. Es wird wieder Zetermordio geschrieben werden über das gottlose Berlin, das nicht genug Kirchen habe, und dergleichen mehr. Nun, etwas sitzenreiner werden wir ja in Berlin vom 1. Juli ab zweifelos werden, denn dann tritt die Sonntagsruhe ein, und die Chocoladen-, Zigaretten- und Parfüm-Automaten müssen dann während der Sonntagsruhestunden auch ihre verführerische Thätigkeit einstellen. Dann wird ja natürlich Alles besser werden und deshalb hat auch die

gilt hier als beschämend für den Fürsten, zugleich als unsinnig. Dem Fürst Bismarck hat jenen Loslösungstendenzen unklarer Schwärmer niemals Vorschub geleistet. Dass es die jetzige Regierung erst recht nicht thut, dass sie die Erzesse der Schönerergruppe brandmarkt, dies noch besonders zu versichern wird für überflüssig erklärt. So unbefangen nun aber die Ereignisse der Bismarckschen Reise beurtheilt werden, so wird hier mit Sicherheit angenommen, dass die Ovationen weder den jetzigen Umfang noch ihren jetzigen Charakter gehabt hätten, wenn die Bevölkerung Einblick in die Vorgänge hätte, die zur Trennung des Kaisers vom Fürsten Bismarck führen müssten. Es wird erklärt, dass die Kenntnis dieser Vorgänge, die bisher trotz Allem, was die Bismarckpresse darüber gesagt hat, noch völlig fehlt, das Urtheil weithin ändern würde. Wie bekannt, ist bisher in dieser Hinsicht schonendste Zurückhaltung geübt worden. Auch jetzt besteht nicht die Absicht, auf die Angriffe der „Hamb. Nachr.“ und ähnlicher Blätter durch Veröffentlichungen des zu Gebote stehenden Materials zu antworten, aber für verständlich muss es gehalten werden, wenn Erwägungen, ob nicht doch angemessen erwidert werden sollte, wiederholt ange stellt wurden, so auch jetzt, wo Fürst Bismarck den Berichterstatter eines Wiener Blatts empfangen hat.

— Fürst Bismarck hat, wie schon in Kürze telegraphisch gemeldet, in Wien einen Interviewer der „Neuen Freien Presse“ empfangen. Ein Heroldtelegramm berichtet auszugsweise darüber aus der „Neuen Freien Presse“. Fürst Bismarck braucht darnach die Ausrede: Für alles, was die „Hamburger Nachrichten“, die Münchener „Allgemeine Zeitung“ und die „Westdeutsche Zeitung“ schreiben, sei er nicht verantwortlich; er habe nichts gegen Österreich. — Das ist ja, meint die „Frei. Ztg.“, formell richtig, so richtig, wie beispielsweise Abg. Eugen Richter auch für die „Frei. Z.“ formell nicht verantwortlich ist. Aber dass Fürst Bismarck in allen Fragen, in denen er verschiedener Meinung ist gegenüber seinem Amtsnachfolger, die politische Haltung der vorgenannten Blätter bestimmt, kann er nicht leugnen. Fürst Bismarck meinte dann, er habe nur gegen den Handelsvertrag aus sachlichen Gründen opponirt. — Diese sachlichen Gründe aber waren so künstlich gesucht, dass jedermann die persönlichen Motive dabei wahrnahm. Fürst Bismarck äußerte dann:

Das Uebelste sei, dass seit er demissionirt habe, Deutschland den Einfluss auf Russlands Politik entbehre, der Draht, welcher Deutschland mit Russland verband, sei abgerissen. Mit diesem Einfluss auf Russland könnten wir Österreich nützen. Ein Krieg mit Frankreich mag unausweichlich sein, es handle sich nur darum, dass dort der richtige Mann sich finde, welcher Pulver in das Wasser schüttet, damit es ausschlämt. Deutschland habe an einem Krieg mit Russland nicht das geringste Interesse.

So viel „Draht“, wie unter dem Fürsten Bismarck Deutschland mit Russland verband, ist auch jetzt noch vorhanden. Thatsächlich hegte Russland gerade gegen den Fürsten Bismarck, so lange er im Amt war, das ärgste Misstrauen und zürnte ihm persönlich wegen seines Verhaltens auf dem Berliner Kongress. Hatte doch die russische Regierung sogar den Fürsten Bismarck im Verdacht, dass er jene Noten über die bulgarische Frage gegen Russland geschrieben, welche sich nochher als gefälscht erwiesen. Aus den weiteren Neuzeugungen des Fürsten Bismarck gegen den Zeitungsinterviewer heben wir noch hervor:

Gegen die jetzt in Deutschland maßgebenden Persönlichkeiten, so soll der Fürst gesagt haben, habe er keine Verpflichtungen mehr. Zur Annahme des Postens eines Präsidenten des Staatsrates fehle ihm die nötige Demuth; mit demselben Rechte könnte man ihn zum Generaladjutanten machen.

Ein Wolff'sches Telegramm übermittelt von den Neuzeugungen Bismarcks noch eine ausführlichere Meldung, der wir folgendes entnehmen. Darnach sagte Fürst Bismarck noch bezüglich der Handelsverträge:

Er mache den österreichischen Staatsmännern keinen Vorwurf daraus, dass sie die Schwäche und Unzulänglichkeit der deutschen Unterhändler ausnutzen. In Deutschland ständen jetzt Männer im Vordergrunde, welche er — Fürst Bismarck — früher im Dunklen gehalten, weil

eben Alles hätte geändert und gewendet werden müssen. Deutschland könne unmöglich eine Vermehrung seines Gebiets anstreben, dasselbe sei gesättigt; ebenso könne Russland keinen Wunsch haben, sein Gebiet auf deutsche Kosten zu vermehren. Sein Gedanke bei Schaffung des deutsch-österreichischen Bündnisses sei gewesen, zur wirklichen Förderung der österreichischen Politik den Zusammenhang mit Russland nicht zu verlieren; dies liege im österreichischen Interesse, denn Österreich wolle Frieden. Dieser Zustand habe sich seit seiner Demission geändert, weil Deutschland keinen Einfluss mehr auf die russische Politik besitze in Folge Schwundens des persönlichen Einflusses auf den russischen Kaiser. In seiner letzten Unterredung mit dem russischen Kaiser habe dieser gesagt, er setze Vertrauen in ihn, und hinzugefügt, ob er sicher sei, im Amt zu bleiben? Er sei über diese Frage erstaunt gewesen und habe geantwortet, er werde lebenslanglich Minister bleiben, denn er habe keine Ahnung gehabt, dass eine Änderung bevorstehe, während der Zar bereits davon unterrichtet gewesen sein möchte. Diese persönliche Autorität und dieses Vertrauen fehlten bisher dem Nachfolger, wodurch sich die Veränderung erkläre, welche sich in der politischen Situation von Europa, die sich verschlammert habe, eingetreten sei. Es folgen alsdann die bereits oben zitierten Neuzeugungen über Frankreich. Auf die Frage des Interviewers, ob Fürst Bismarck das Bedürfnis habe, die Leitung der Politik wieder zu übernehmen, erwähnte Fürst Bismarck, dass sei ganz aussichtslos, er sei heuer nicht in den Reichstag gegangen, nicht, weil er körperlich nicht rüstig sei, sondern, weil er die Regierung visière ouverte angreifen müsste. In Betreff des Planes, in den Reichstag zu gehen, bemerkte er, dies hänge von den Umständen ab, er glaube nicht, dass eine äußere Notwendigkeit ihn veranlassen werde, die politische Bühne wieder zu betreten, denn, wenn einmal ein falsches Geleise eingeschlagen sei, so sei es nicht seine Sache, neben den Geleisen zu gehen. Eine Kritik des heimatlichen Zustandes könne man ihm nicht verwehren, er lasse sich dieses Recht für die wenigen Jahre seines Lebens nicht nehmen.

Über die Wandlung in der polnischen Politik Preußens äußerte Fürst Bismarck zu dem Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“:

Man hat einen Polen zum Erzbischof gemacht und ihm eine Stelle gegeben, welche im Interesse der deutschen Politik einem deutschen Katholiken gebührt hätte. Gewiss hat dieser polnische Bischof in Thorn eine staatsstreue Rede gehalten und er hat bezüglich der deutschen Nation besser gesprochen, als ein Pole es sonst thut, aber doch wieder den Gegenfuss zu Russland ziemlich deutlich hervorschimmern lassen. Die Politik gegenüber den Polen in Posen hat das Vertrauen, welches unsere Regierung früher in Russland genoss, geschwächt und unser Einfluss herabgedimmt.

Görlitz, 24. Juni. Der Reichskanzler v. Caprivi wird demnächst nach Schreibersdorf im Riesengebirge in die Sommerfrische kommen und in der Villa Hübsch Wohnung nehmen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Magdeburg, 23. Juni. [Mordprozess Buntrock-Erbe] Vor dem Schwurgericht begann heute unter großem Andrang des Publikums der Prozess gegen die unverheilte Schneiderin Dorothea Buntrock, zuletzt in Osnabrück, und den Agenten, früheren Glafer Friedrich Erbe, ohne festen Wohnsitz, zuletzt in Burgstall bei Wolmirstedt, der zahlreiche Strafen, darunter 8 Jahre Buchthaus verbürtigt hat. Der Verhandlung liegen folgende Ereignisse zu Grunde. Am 21. November v. J. wurde in dem Vorort Hasseln der „Neuhaldenslebener Forst“ eine oberflächlich verbarbarte und von Thieren angefressene, nur mit wenigen Überresten eines Hemdes bekleidete weibliche Leiche gefunden, von welcher der Kopf abgetrennt war. Letzterer ist am 6. Dezember v. J. etwa 100 Fuß vom Rumpfe entfernt verscharrt aufgefunden worden. Die Leichen-Obduktion hat ergeben, dass der Kopf vom Rumpfe durch einen Hieb oder Schnitt getrennt worden ist. Es wurde sehr bald festgestellt, dass die Ermordete die unverheilte Schneiderin Emma Kasten aus Minden war. Sie war am 21. Mai in Folge einer Zeitungs-Annonce durch eine Stellenvermittlerin als Reisebegleiterin engagiert worden. Mit letzterer hatte sie sich noch am Abende angeblich nach Neuhaldensleben begeben, seit dieser Zeit aber nichts von sich hören lassen. Am 8. Januar d. J. gelang es, die „Stellenvermittlerin“ in Osnabrück zu verhaften. Es war dies die unverheilte Schneiderin Dorothea Buntrock aus Holzminden, die seit einiger Zeit in Osnabrück wohnte und hier an junge Mädchen gegen ein Honorar von monatlich 15 M. Unterricht im Zuschnitten ertheilte. Die Buntrock leugnete anfänglich, an ihrem Schuld war jedoch kein Zweifel, denn sie trug nicht nur Kleider der Ermordeten, man fand auch eine große Anzahl der unglücklichen Kasten geräubten Kleidungsstücke, sowie die der Kasten gehörige Uhr, Kosser u. s. w. bei ihr vor. Ferner wurde ein Brief bei der Buntrock vorgefunden, aus dem hervorging, dass

Stadt Berlin in ihrer Weisheit geglaubt, für die Besserung der Zustände der Weltstadt nicht erst noch durch Errichtung eines Findelhauses sorgen zu brauchen. Der Stadt war eine Summe von $1\frac{1}{4}$ Millionen Mark vermacht worden mit der Verpflichtung, dafür ein Findelhaus zu errichten. Das Geld hat die Stadt gern nehmen wollen, sie wollte auch etwas dafür einrichten, aber dieses Etwa wollte sie nicht „Findelhaus“ nennen und außerdem sollte es wesentlich von den Findelhaus-Einrichtungen anderer Staaten abweichen. Natürlich haben die Erben des Erblassers dagegen protestiert und auf Zurückgabe der Erbschaft geflagt. In dem um die $1\frac{1}{4}$ Millionen Mark geführten Prozess ist jetzt nun, wie zu erwarten war, zu Ungunsten der Stadt entschieden worden. An dem Verlust des Geldes liegt ja nicht viel, aber geradezu erschrecklich ist es doch, dass eine freisinnige Stadtverwaltung sich nicht überwinden kann, das Wort „Findelhaus“ an die Front eines Gebäudes zu setzen, das die edle Bestimmung hätte, verlassene Neugeborene aufzunehmen. Man klagt über die Zunahme der Verbrecher und weist die Gelegenheit von sich, wenn man etwas dazu thun kann, Kinder vor dem Laster zu retten. Sprechen denn in Dettingers „Moralstatistik“ die Zahlen über den Anteil unehelicher Geborener an den Verbrechen nicht eine furchtbare deutliche Sprache? Wird das Kind, das ohne Familienschutz aufwächst und überall nur als ein Unwillkommener geduldet ist, nicht frühzeitig hineingetrieben in Verbitterung und Neid, und wird sich nicht nur zu oft zu diesen Triebfedern des Verbrechens dann noch die Verführung des Lasters gesellen, das wie etwas Alltägliches gar oft heranwachsende uneheliche Kinder umwuchert? Wie sehr das Dirnenlaster hier und da schon kaum halbflügge Mädchen ergriffen hat, das kann

man im Norden und Osten Berlins mitunter in entsetzlicher Weise erfahren. Das weiß die Stadtverwaltung auch sehr genau aus den Akten der Schuldeputation und der Armen-Deputation, sowie aus den Akten der Krankenhäuser. In ihr sitzen auch tüchtige Männer, die gewiss den Ausspruch Jeremias Gotthelfs kennen, dass die Seele des Kindes dem Ephau gleiche; wie der Ephau, wenn er einen hochragenden Stamm findet, an demselben sich aufrichtet, aber am Boden hinkriecht und in den Schlamm und Schmutz des Erdbodens sich hineinsenkt, wenn er den hochragenden Stamm, der ihm Halt gewähren soll, nicht findet, so ist's auch mit der Seele des Kindes. Das Alles weiß man — und trotzdem dieser Widerspruch gegen das Findelhaus? Der Einwurf, das Findelhaus könne missbraucht werden und nicht nur uneheliche Kinder würden dort hingebracht werden, sondern auch Kinder gewissenloser ehelicher Eltern, bedeutet doch gar nichts — für Kinder solch gewissenloser Eltern wäre der Aufenthalt im Findelhause doch ebenso sehr eine Wohlthat wie für das uneheliche Kind. Neue Kirchen allein können da nichts helfen. Und auch der Staat hat ein Interesse an der Errichtung von Findelhäusern, besonders ein Militärstaat wie der unsere. Denn die gegenwärtige, sehr bemerkliche, wenn auch sehr erklärliche starke Sterblichkeit der unehelichen Kinder würde doch wesentlich vermindert werden durch die Findelhaus-Thätigkeit . . .

Dass man auch in dieser Woche etwas vom Theater erzählen kann, dafür haben Ludwig Barnay und Marcella Sembrich gesorgt. Barnay hat am Montag im „Berliner Theater“ des seligen Brachvogel leider noch immer nicht seinen „Marziß“ gespielt und will ihn bis zum Schluss seiner Saison geben. Da dieses Stück dem königlichen Schauspielhaus gehört, so kann Barnay es glücklicherweise nur auf-

der bereits erwähnte männliche Begleiter und Mithäuter der bereits mehrfach bestraft Agent Fritz Erbe aus Burgstall war. Von letzterem war gerade am 8. Januar ein Brief aus Bielefeld an die Buntrock eingetroffen, in dem er mithielt, dass er ins Ausland flüchten wolle. Sofort begab sich Kriminal-Kommissar Schmidt aus Magdeburg, der auch die Buntrock verhaftet hatte, nach Bielefeld. Dort gelang es dem Beamten, den Erbe in einer Gastwirtschaft zu verhaften.

Unter der Wucht dieses erdrückenden Belastungsmaterials hat die Buntrock nach anfänglichem, harntägigem Leugnen sich zu einem Geständnis verbeitig, wonach sie und Erbe gemeinschaftlich handelnd und nach verabredetem Plane die Kasten nach Neuhaldensleben und von dort in den Forst gelockt haben, um sie dort zu ermorden und sich in den Besitz ihrer gesammelten Sachen zu bringen. Nach ihrer Angabe hat sie den Erbe in Hannover kennengelernt. Nachdem sie am 19. August 1890 ein Kind aufzehreichlich geboren hatte, welches aus dem Verhältnis mit Erbe stammt, ist sie nach Magdeburg übergesiedelt und hat sich hier durch Schneider zu ernähren versucht, während der ihr inzwischen nach hier gefolgte Erbe sich mit dem Verkauf von Antheilscheinen an Prämienslooten beschäftigte. Beide hatten jedoch keinen rechten Erfolg ihrer Thätigkeit und kamen in Folge dessen auf die Idee durch Annonce in den Zeitungen Mädchen als Reisebegleiterinnen zu suchen. Die sich Melddenden hätten sie, die Buntrock, alsdann zum Schein miethen, angeblich mit auf Vergnügungsreisen nehmen, in Wahnsinn aber in einjame Waldgegenden führen sollen; dort aber sollten die Mädchen umgebracht werden, damit sie und Erbe sich deren Besitzthümer zu entziehen könnten. Zu diesem Zwecke habe sie in Nr. 113 des „Magde. General-Anzeigers“ vom 17. Mai 1891 einen Reisebegleiterangebot einrücken lassen, auf welches hin die Kasten sich gemeldet habe. Im Einverständnis mit Erbe sei sie dann mit der Kasten in Verbindung getreten, habe dieselbe zum Schein gemietet und ihr Reisegeld behändigt, damit sie am 21. Mai 1891 mit dem Mittagzuge nach Neuhaldensleben fahre, wo sie beide sich treffen wollten, um in der Nähe Verwandte zu besuchen. In den gleichen Zug ist Erbe auf dem heutigen Centralbahnhof, sie selbst aber in der Neustadt erst eingestiegen. Auf dem Bahnhof in Neuhaldensleben sei sie dann mit der Kasten zusammengekommen, habe diese veranlasst, ihr Handgepäck am Bahnhof zur Aufbewahrung abzugeben, während ihr großer Reisekorb als Postgagierzug im Zuge mitgekommen war. Auf dem Wege zur Stadt sei ihnen Erbe entgegengekommen, angeblich um sie zu den Verwandten zu führen. Als dann hätten sie noch einige Wirtschaften besucht und hierauf sich auf den Weg zu jenen Verwandten gemacht. Zu diesem Zwecke hätten sie den Weg nach Borne einschlagen, bis sie in den Vorort Hasseln gekommen sind; hier hätten sie sich unweit des Weges an einem gedeckten Platz im Walde niedergelassen. Sie, die Buntrock, habe in ihrer Handtasche bei sich gehabt: einen Holzslock und einige Tücher, um denselben zu umwickeln, ihn der Kasten in den Mund zu stoßen und sie so am Schreien zu verhindern, eine Flasche mit Wasser, um sich nach der That vom Blut zu säubern und einen Kinderspaten, — die Leiche zu verscharren. Als man zu Dritt dageessen habe, sei Erbe verabredeter Maßen dazu übergegangen, mit der Kasten Spazier zu treiben und habe sie schließlich auf die Erde niedergedrückt. Diesen Moment habe sie, der Abmachung gemäß benutzt, sei herzugeteilt, habe mit ihrer rechten Hand den linken Arm der Kasten gefasst und festgehalten, mit der eigenen Linken aber der Kasten das umwickelte Holzstück in den Mund gestoßen und so jedes Schreien derselben verhindert. Gleichzeitig habe Erbe den rechten Arm der Kasten fest gefasst und ihr mit seinem Tassenmesser einen so tiefen Schnitt auf der rechten Halsseite beigebracht, dass die Verwundete sich in 8 Minuten daraus verblutet habe. Dann hätten sie beide das Mädchen bis auf das Hemd entkleidet; sie hätte das Zeug an sich genommen, während Erbe die Leiche verscharrt hätte. Nach Neuhaldensleben zurückgekehrt, hätten sie dort übernachtet, am nächsten Tage aber sich nach Magdeburg zurückgewandt, nachdem sie sich das Gepäck der Kasten auf der Bahn eingefordert und nach Magdeburg mitgekommen. Hier hätten sie sich in die Bente geteilt, indem Erbe nur einen Theil des Erlöses von den verkaufen Goldsachen und einen Theil des baaren Geldes, sie selber aber außerdem noch die gesammelten anderen Sachen der Kasten erhalten hätte.

Der Angeklagte Erbe leugnet jede Theilnahme an dem hier in Frage kommenden Verbrechen. — Wenn die Buntrock ihn jetzt als Mithäuter bezichtige, so geichehe dies aus Eiferucht, weil er sich mit anderen Mädchen abgegeben habe, und aus Rache, weil er sich geweigert, sie zu betrachten.

Im Besitz der Buntrock wurde so viel gleichartige, aber verschiedene gezeichnete Frauenwäsche, so viele Frauenkleidung derselben Gattung vorgefunden, dass der Verdacht, jenes Verbrechen sei nicht das einzige derartige, welches auf den Angeklagten laste, sich der Behörde aufdrängte. Rückfragen bei sämtlichen Staatsanwälten Nord- und Westdeutschlands, wo sich die Angeklagten nachweislich seit ihrer gemeinsamen Bekanntschaft aufgehalten, führten zu keinem Ergebnis. Nur aus Hannover verlautete, dass seit dem 13. August 1890 die unverheilte Dora Klages aus

führt, wenn die Hofbühne geschlossen ist; er kann damit also den Geschmack des Publikums nicht so nachhaltig verderben wie mit „Kean“ und dem „Hüttenbesitzer“, zwei Stücken, die mit Barnay in der Hauptrolle immer noch volle Häuser erzielen. Ueberdies ist Barnay gar kein guter Narziß, seiner ganzen Eigenart widerspricht diese Rolle völlig — das hat aber nicht verhindern können, dass sein Barnay-orthodoxes Publikum ihm enthusiastisch jubelt auch als Narziß.

Die hochgradigste Begeisterung haben wir am Dienstag bei Kroll erlebt, wo sich Marcella Sembrich nach längerem glänzendem Gastspiel verabschiedete. Sie ist eine Künstlerin von wirklich faszinierender Eigenart; mit der höchsten Vollendung künstlerischer Sangeskunst, mit einer verblüffend leichten und gefälligen, scheinbar völlig mühselosen Beherrschung ihrer Technik verbindet sie eine ungemein sympathische Liebenswürdigkeit, eine entzückende Ursprünglichkeit des Wesen und hinreizendes Bühnentemperament. Nach jedem Akte musste sie wiederholt erscheinen unter dem Jubel des Publikums, dem Tusch des Orchesters. Ungemein zahlreich waren die werthvollen Blumenpreisen im Laufe des Abends und zum Schluss gefallene der Abschied sich wirklich herzlich. Sie sang noch ein „Wiegenspiel“ und wurde aus den beiden Logen zur Seite der Bühne minutenlang wahrhaft überschüttet mit Rosensträußen, die aus großen Körben unter dem Jauchzen des überfüllten Hauses auf die Bühne geschleudert wurden. Selbst mein Nachbar, ein Engländer, der, wie er mir grollend erzählte, für sein Parkettbillett beim Händler 25 Mark gezahlt hatte, geriet bei dem Jubel des Publikums schließlich in ganz unbritische Erstase — es war sehr ergötzlich.

Hameln vermisst wird, daß auch sie auf eine Zeitungsannonce hin angeblich als Reisebegleiterin Stellung gefunden hatte, mit einem Theil ihrer Sachen zum Antritt ihres Dienstes zum 13. August 1890 auf den Bahnhof in Hannover bestellt war. — Sofort angestellte Ermittelungen ergaben, daß der von der Stellenvermittlung Anna Blume an die Klages geschriebene Brief zweifellos von der Hand der Buntrock geschrieben war. Auch einige der Klages gehörige Sachen wurden bei der Buntrock vorgefunden. Nach längerem Leugnen gestand die Buntrock, daß sie, in Gemeinschaft mit Erbe, auch die Klages ermordet und beraubt habe. Am 25. August 1890 sei sie mit ihr von Hannover nach Eschede gefahren. Von dort sei sie mit dem Mädchen nach Lohne gegangen. Inzwischen war der Abend heruntergedämmt, und in der Dunkelheit glaubte sie (die Buntrock) vom richtigen Weg abgetreten zu sein. Sie habe die Klages veranlaßt, auszuruhen, bis jemand kommen würde, um sie auf den richtigen Weg zu bringen. Sehr bald sei auch Erbe des Weges gekommen. Dieser, der gethan habe, als kenne er die Buntrock nicht, habe den richtigen Fußweg gezeigt und sei auch „zur Gesellschaft“ mitgegangen. Bloßlich seien sie beide über die Klages hergeschlagen. Sie (die Buntrock) habe dem jungen Mädchen ein Tuch in den Mund gestopft, um es am Schreien zu verhindern, als dann habe Erbe dem Mädchen mit einem Schlächtermesser den Kopf abgeschnitten. Während hierauf Erbe mit einem mitgebrachten Spaten ein Loch gebraten, habe sie die Ermordete entkleidet. Sie haben dann den Leichnam vergraben. Obwohl Erbe noch immer jede Beteiligung an den Mordthaten in Abrede stellt, so hat sich dieser dennoch heute, in Gemeinschaft mit der Buntrock, vor dem Schwurgericht des hiesigen königlichen Landgerichts wegen zweifachen Mordes und schweren Raubes zu verantworten.

Bermischtes.

Das Komitee für das „Alte Herren“-Fest (R. S. C.) auf Helgoland am 1. und 2. Oktober d. J. entfaltet eine rege Tätigkeit. — Danach dem liebenswürdigen Entgegenkommen der Ritterei Ballin, welche den großen Schnelldampfer „Cobra“ für beide Tage zur Verfügung stellt, wird es möglich sein, die Kosten des Festes für die Teilnehmer ungefähr auf gleicher Höhe zu halten, wie in früheren Jahren.

Peinlicher Vorfall. Am 20. Juni wurde zu einem Arzte in Nordhausen ein blutender Mann gebracht, der eine bedeutende Augenhülle an der rechten Kopfseite hatte. Über die Veranlassung zu dieser Verwundung wird der „Nordh. Ztg.“ von zuverlässiger Seite folgendes mitgetheilt. Der in Neustadt stationierte Gendarm hatte den Auftrag, eine zu einem Termin nicht erschienene Frau Fritze in Buchholz zwangsläufig vorzuführen. Der Arresting widerseitig sich Ebemann und Sohn der Frau, weshalb schließlich der Gendarm den Ebemann festnahm. Zum Transport des Verhafteten wurde der Ackermann Wedekind in Buchholz durch den Bauermeister aufgefordert, ein Gefährt zu stellen. Vor der Abfahrt wollte der Arrestant, während der Wagen noch vor der Schänke neben dem Hause des Arrestanten hielt, ein Glas Bier ebenfalls vor der Schänke trinken. Der Gendarm, heftig erregt über den thätlichen Angriff, welchen Ebemann und Sohn gegen ihn unternommen, den gespannten Revolver in der Hand haltend, verbot den Trunk. Als der Arrestant nicht gehorchte, rief der Gendarm: „Ich schieße“, und in demselben Moment krachte auch schon der Schuß, es bleibe vorläufig dahingestellt, ob in Folge Abdruks oder in Folge eines Schlagens mit dem Revolver nach dem Glase. Die Kugel nahm einen unglücklichen Weg und fuhr dem neben dem Arrestanten auf dem Wagen haltenden Wedekind in den Kopf, so daß der Getroffene blutend niedersank. Glücklicher Weise ist die Wunde des Wedekind, wenn auch schwer, so doch nicht lebensgefährlich.

Vorfälle.

Posen, den 25. Juni

Auf dem Bauplatz unseres Stadthauses hat während der Nacht ein ständiger Schutzmannsposten und eine Anzahl von Feuerwehrmannschaften Wache gehalten, um bei einem etwaigen Einsturz des noch stehenden Gerüsts sofort bei der Hand zu sein. Glücklicherweise ist das Gerüst aber stehen geblieben. Heute Vormittag werden nun die obersten drei Stockwerke desselben abgetragen, so daß dann keine Gefahr weiter besteht. Von dem eingeschütteten Gerüst werden die stehenden gebliebenen unteren beiden Stockwerke gleichfalls abgetragen und ebenso wird der ganze Platz aufgeräumt werden. Hierbei sind außer den Bauarbeitern auch Mannschaften der städtischen Feuerwehr beschäftigt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 24. Juni. Bürgermeister Zelle ist seitens des Bürgermeisters (Sindaco) von Rom des Herzogs Caetani, folgendes Danktelegramm zugegangen:

Der Gemeinderath von Rom sendet einen warmen und aufrichtigen Dank der Stadt Berlin für den feierlichen und liebenswürdigen Empfang, welcher Ihren Majestäten dem König und der Königin von Italien bereitet worden ist. Dieser Gruß möge eine Anerkennung für ganz Deutschland, unsern treuen und ruhmvollen Freund, gleichzeitig sein.

Bromberg, 24. Juni. Der Flößerstreik ist heute durch einen Kompromiß beendet worden.

Breslau, 24. Juni. In der geistigen geheimen Sitzung der Stadtverordneten wurde ein Brief des Bürgermeisters Dicthuth verlesen, in welchem derselbe zum 1. Oktober d. J. um seine Pensionierung nachsucht. In Anbetracht der Verdienste Dicthuth's während seiner 34jährigen Amtstätigkeit wurde demselben das volle Gehalt als Pension bewilligt.

Hamburg, 24. Juni. Seit Mitternacht wütet hier ein orkanartiger Sturm, der enormen Schaden angerichtet hat. Zahllose Bäume sind entwurzelt.

Hamburg, 24. Juni. Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktiengesellschaft wird nächsten Winter wieder ihre Orient-Excursionsfahrten aufnehmen und als ersten Dampfer den „Fürst Bismarck“ direkt von Newyork aus abheben lassen, da diesmal eine große Beteiligung von Amerikanern in Aussicht stehen soll.

Lübeck, 24. Juni. Seit gestern Abend wütet hier ein orkanartiger Sturm, der große Beschädigungen an Dächern und Telephonleitungen anrichtet. Die Schiffahrt ist gefährdet.

Bremen, 24. Juni. Ein furchtbarer Orkan mit Regengüssen verursachte im Bremischen und Oldenburgischen große Verheerungen. Viele Telephonleitungen sind gestört.

Dresden, 24. Juni. Der König und die Königin von Italien trafen heute Abend auf dem Bahnhofe von Strehlen ein. Der König und die Königin von Sachsen waren auf dem Bahnhofe anwesend. Die Begrüßung war eine sehr herzliche. Nach der Vorstellung geleitete König Albert die Königin Margherita, der König Humbert die Königin Carola nach der königlichen Villa, wo selbst Familientafel stattfand.

München, 24. Juni. Prinz Ferdinand von Bulgarien traf heute Nachmittag mit dem Orient-Expresszug hier ein. Er wurde auf dem Bahnhofe von seinem Schwager, dem Herzog Max Emanuel in Bayern, empfangen, in dessen Schloss Biederstein der Prinz

mit seiner Mutter, der Prinzessin Clementine von Coburg, Wohnung nimmt.

München, 24. Juni. Der Fürst Bismarck nahm heute vom Ballon der Villa Lenbach ein Morgenständchen des akademischen Gesangvereins entgegen, zu welchem sich ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Nachmittags empfingen der Fürst und die Fürstin eine Deputation beider Stadtcollegien, welche die Einladung zum Besuch des Rathauses überbrachte. Das Diner nahm der Fürst beim Oberstallmeister Holstein entgegen.

München, 24. Juni. Bei dem Empfange der städtischen Deputation durch den Fürsten Bismarck hielt der Bürgermeister Dr. v. Widmann eine kurze Begrüßungsansprache Namens der Stadt, worauf der Fürst freundlich dankte und für morgen Mittag den Besuch des Rathauses zusagte. Der Besuch der Kunstaustellung ist gleichfalls für morgen und zwar von 3 bis 5 Uhr Nachmittag angesetzt.

Nürnberg, 24. Juni. Im Reichswald zwischen Nürnberg und Schmausenbuck ist dem „Fränk. Kurier“ zufolge der Vorsteher in bedenklichem Maße aufgetreten. Es ist daher die Anordnung getroffen, das krankende Bäume gefällt werden.

Wien, 24. Juni. Das Abgeordnetenhaus nahm nach kurzer Debatte den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Staatsgarantie für die süd-norddeutsche Verbindungsbahn und deren eventuelle Einlösung in zweiter und dritter Besetzung an.

Wien, 24. Juni. Dem „Fremdenblatt“ zufolge, wird zwischen Österreich-Ungarn und Spanien demnächst ein Protokollum in der Weise abgeschlossen werden, daß für Waren österreich-ungarischer Provenienz bei ihrem Eintreffen nach Spanien die Zollsätze des neuen spanischen Minimtariffs zur Anwendung gelangen.

Pest, 24. Juni. Das Abgeordnetenhaus nahm mit 169 gegen 92 Stimmen den Antrag Perzel an, über die Interpellation Polomys betreffend die „Hamburger Nachrichten“ zur Tagesordnung überzugehen.

Petersburg, 24. Juni. Die in Folge der Missernte eingeführten Vergünstigungen im Eisenbahntarife werden mit Ausnahme derjenigen für Roggen und Kleie wieder aufgehoben.

Das Ministerium für Kommunikationen erhebt alle höheren Eisenbahnbeamte polnischer Herkunft im Königreiche Polen durch solche russischer Nationalität. Erstere sollen Anstellungen im Innern Russlands erhalten.

Bern, 24. Juni. Der Nationalrath hat einen Antrag des Bundesrates angenommen, wonach der Bundesrat, falls die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Frankreich binnen Monatsfrist nicht zu einem Einvernehmen führen, die Bundesversammlung spätestens auf den 1. August einberufen und ihr Anträge bezüglich dieser Verhandlungen unterbreiten soll. Der Nationalrath hat ferner den Bundesrat ermächtigt, vom 1. Juli ab die Handelsverhältnisse mit Spanien bis zum Inkrafttreten des neuen Handelsvertrages nach bestem Ermeissen zu regeln.

Bern, 24. Juni. Der Ständerat bewilligte 210000 Frs. für die Befestigung von St. Maurice (Wallis), lehnte es jedoch ab den Bundesrat zu beauftragen die Frage der fortifikatorischen Sicherung des Straßenzuges St. Bernhard-Martigny-Tête-Notre zu prüfen.

Christiania, 24. Juni. Wie hier verlautet, wird Kaiser Wilhelm am 7. nächsten Monats in Stofmarknäs (Rosoten) eintreffen, sich von dort längs der Hadsel-Insel nach Melbu und sodann per Dampfschiff nach Hografeidet am Østnæsfjord begeben.

Paris, 24. Juni. Aus Tez über Tanger eingegangene Nachrichten besagen, der englische Spezialgelehrte habe angeordnet, für morgen Alles zur Abreise nach Rabat vorzubereiten, wo er von Kriegsschiffen erwartet werde.

Paris, 24. Juni. Auf Befehl des Marineministers Cavaignac sind ein gewisser Greiner, Beamter im Archivbureau des Generalstabes der Marine und ein zum Marineministerium kommandierter Unteroffizier wegen Entwendung von Schriftstücken verhaftet worden.

Paris, 24. Juni. Der heute Vormittag verhaftete Beamte im Marineministerium Greiner war im Bureau für die Küstenverteidigung beschäftigt; er soll die entwendeten Schriftstücke dem Attaché einer auswärtigen Gesandtschaft übergeben haben, welcher dieselben angeblich photographiert ließ.

Paris, 24. Juni. Der Deputirte Dreyfus hat dem Kriegsminister Freycinet brüsklich mitgetheilt, daß er morgen an die Regierung eine Anfrage richten werde, bezüglich der Maßregeln, welche dieselbe zu ergreifen gedenke, um die Freiheit des Bekennnisses in der Armee zu schützen und den Beleidigungen französischer Offiziere ein Ende zu machen.

Paris, 24. Juni. Laut Nachrichten von der spanischen Grenze ist eine Belagerung des Streifens der spanischen Telegraphisten demnächst zu erwarten.

Brüssel, 24. Juni. Der „Moniteur Belge“ veröffentlicht die Verordnung, betreffend die Einberufung der Konstituante auf den 12. Juli.

London, 24. Juni. Das Oberhaus hat die irische Unterrichtsbill in dritter Lesung angenommen.

London, 24. Juni. Der „Morning Post“ zufolge ist in Mombasa eine Depesche eingetroffen, welche das Eintreffen von Briefen der Kapitäne Lugard und Williams ankündigt. Letztere sollen besagen, daß die Unruhen in Uganda die Folge der Ermordung des Hauptes der Protestanten durch die Katholiken gewesen seien, welche die Protestanten und die Festung Lugards angegriffen hätten. Die Krise habe am 7. März ihr Ende erreicht.

Sofia, 24. Juni. Im Prozesse wegen der Ermordung Beltschew's übernahmen der Advokat Proschakow, der frühere Militärprokurator Markoff und Konstantinow die Vertheidigung mehrerer Angeklagten. Für die Uebrigen bestellte das Civilgericht erster Instanz von Amts wegen Vertheidiger und zwar Stoilow für Karavelow, den früheren Premierminister Radoslawow für Popow und den früheren Minister Tontschew für Makedonski.

Chicago, 23. Juni. In der hier stattgehabten Plenarsitzung der demokratischen Partei wurde Stevenson aus Illinois als Kandidat für die Vize-Präsidentenschaft aufgestellt.

Rio de Janeiro, 23. Juni. Der Ackerbauminister hat seine Entlassung genommen; der Posten desselben ist durch den Minister des Auswärtigen besetzt worden, dessen Geschäfte interimistisch von dem Marineminister übernommen werden.

München, 25. Juni. Beim Empfang der Stadtdeputation

sagte Fürst Bismarck noch, der Empfang, welcher ihm in München zu thiligen wäre, sei der Ausdruck uneigennütziger Freundschaft. Er habe keine Machtkräfte zu befriedigen, eine Einigung gleich nach 1866 hätte vielleicht geringere Aussicht auf Bestand gehabt. Er halte die deutsche Einigung für ein vom Wechsel der Zeiten und Verhältnisse unantastbares Werk.

München, 25. Juni. Die Studentenschaft brachte gestern Bismarck einen Fackelzug dar. Im Ganzen nahmen 1600 Fackelträger und 22 Musikkorps daran teil. Nach einem Hoch des Präses auf den Fürsten Bismarck dankte dieser und bat, am deutschen Reiche, das unter dem alten Kaiser mit seinem Kriegskameraden, dem Prinzregenten begründet sei, stets wie mit eisernen Klammern festzuhalten. Das Publikum brachte dem Fürsten große Ovationen dar.

Paris, 25. Juni. Marquis Mores, der den Kapitän Mayer im Duell tödete, ist heute Nachmittag verhaftet worden.

Wollmärkte.

Wismar, 24. Juni. Die Busfahren betrugen 2000 Rentner. Wäschewaren befriedigend. Das Geschäft war Anfangs schlepend, später lebhaft. Der Markt wurde Vormittags geräumt. Preise 120—130 Mark.

London, 23. Juni. Wollauktion. Wolle stramm bei lebhafter Beteiligung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni 1892.

D a t u m	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm;	W i n d.	W e t t e r.	Temp. Grad
S t u n d e	66 m Seehöhe.			
24. Nachm. 2	749,6	W stürmisch	bedeckt	+17,7
24. Abends 9	753,4	W stürmisch	bedeckt	+15,6
25. Morgs. 7	756,4	W stark	heiter	+13,0
Am 24. Juni	Wärme-Maximum	18,6° Cels.		
Am 24.	= Wärme-Minimum	+ 14,7° =		

Produkten- und Wörterberichte.

Fondss-Kurie.

Hamburg, 24. Juni. Schwach.

Gold in Barren pr. Kilo 2786 Br., 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 117,75 Br., 117,25 Gd.

Breslau, 24. Juni. (Schlußkurie.) Matt.

Neue 3pro. Reichsscheide 87,75, 3½ pro. L.-Pfandbr. 98,05.

Konsol. Türk. 20,40, Türk. Loope 89,00, 4pro. ung. Goldrente 4,30, Bresl. Distontobant 97,00, Breslauer Wechslerbank 98,00.

Kreditaktien —, Schles. Bankverein 114,00, Donnersmardhütte 86,25, Alth. Mäschinenbau —, Katowitzer Altien-Gesellschaft

für Bergbau u. Hüttenebetrieb 118,50, Oberschles. Eisenbahn 56,60,

Oberölsle. Wortland-Bement 84,50, Schles. Cement 117,75, Oppeln-Zement 91,10, Sch. D. Zement —, Kramsta 129,50, Schles.

Zinnfäden 192,75 Laurahütte 112,35, Verein. Oelsfabr. 89,50,

Österreic. Banknoten 170,25, Russ. Banknoten 204,60, Giesel

Cement 88,00.

London, 24. Juni. (Schlußkurie.) Matt.

Engl. 2½ pro. Consols 96%, Breit. 4pro. Consols 106,

Italien. 5pro. Rente 92½, Lombarden 8½, 4pro. 1889 Russen

II. Serie) 96%, Lomb. Türk. 20%, österr. Silberr. 81, österr.

Goldrente 95,00, 4pro. ungar. Goldrente 94%, 4pro. Spanier 67, 3½ pro. Egypter 92%, 4pro. ungar. Egypter 97½, 4 pro.

